

Made in ...

Lieferketten. Deutschland ist stärker als jede andere große Industrienation in die globale Wirtschaft eingebunden. Doch was bisher als essenziell für den Wohlstand galt, wird angesichts der Corona-Krise nun infrage gestellt. Dennoch sollte der Staat nicht leichtfertig in die Lieferketten eingreifen. Ob die Unternehmen von sich aus ihre Fertigungsprozesse überdenken sollten, bewerten Bettina Gerfer und Arndt G. Kirchhoff in unserem Pro und Kontra unterschiedlich.

—> [Seiten 2-7](#)



Metall- und Elektro-Industrie

Die durch die Corona-Pandemie ausgelöste Krise verschärft sich weiter – viele M+E-Unternehmen rechnen für das Jahr 2020 mit starken Umsatzeinbrüchen.

—> [Seiten 8-9](#)

Mindestlohn

Die von den Gewerkschaften geforderte Anhebung des Mindestlohns würde nicht zur Armutsbekämpfung taugen, aber Arbeitsplätze gefährden.

—> [Seiten 10-11](#)

Anpassen, aber nicht zerstören

Lieferketten. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie werfen die Frage auf, inwieweit Deutschland seine Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten und Produktionsstandorten verringern sollte. Auch wenn es angesichts der aktuellen Situation erforderlich ist, die mit dieser Verflechtung verbundenen Risiken neu zu bewerten, sollten die Vorteile der globalen Wertschöpfungsketten nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Keine andere der 20 größten Industrienationen ist so stark in die globale Wirtschaft eingebunden wie Deutschland: Die Offenheit der deutschen Wirtschaft – gemessen an

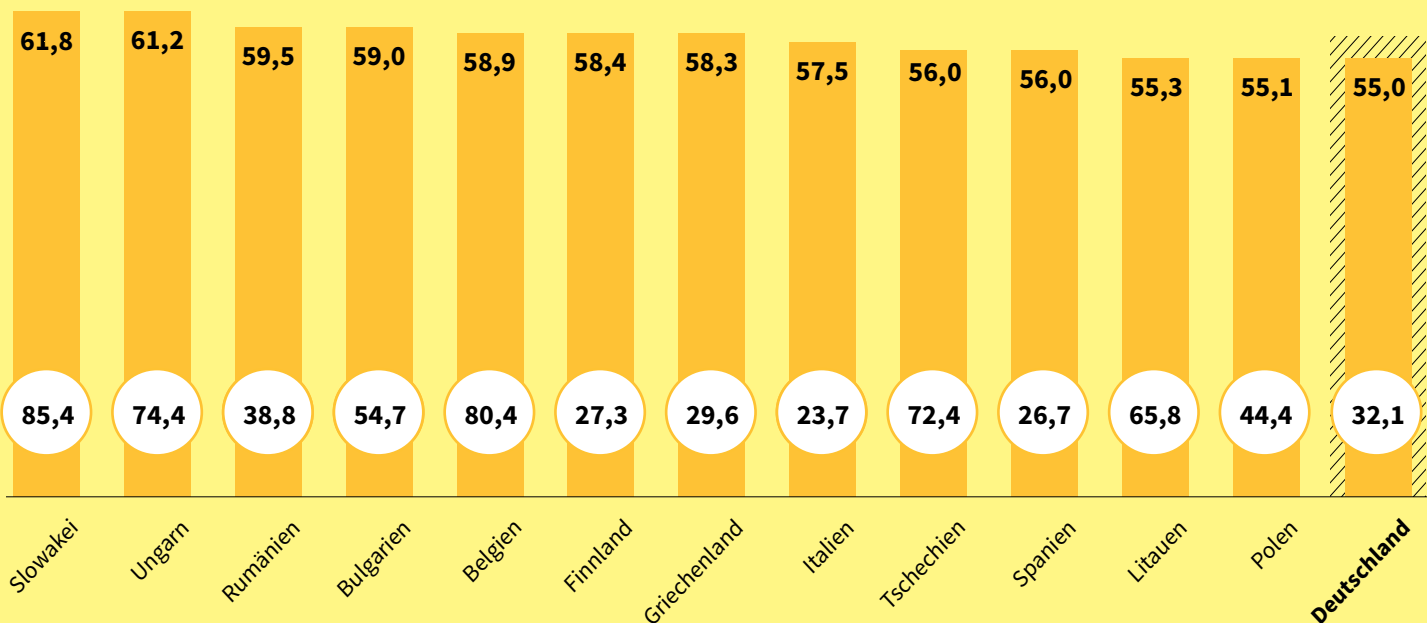
der Summe der Exporte und Importe in Relation zum Bruttoinlandsprodukt – betrug im vergangenen Jahr 88 Prozent. Die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte, welche

maßgeblich zum hohen Wohlstandsniveau in Deutschland beigetragen hat, beruht zu einem guten Teil darauf, dass hiesige Unternehmen in den vergangenen Jahrzehnten neue

EU: Vorprodukte machen einen Großteil der Importe aus

So viel Prozent der gesamten Warenimporte entfielen im Jahr 2019 auf Vorleistungen

□ Anteil der Warenimporte am Bruttoinlandsprodukt 2019 in Prozent



Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

Das Risiko der Abhängigkeit vom Ausland gegen die Kostenersparnisse durch die Globalisierung neu abzuwägen, ist in erster Linie Aufgabe der Unternehmen

Produktionsstätten in der Nähe ihrer Absatzmärkte errichtet haben.

Zudem beziehen die Firmen ihre Bauteile und Komponenten mittlerweile in hohem Umfang von ausländischen Lieferanten:

Im vergangenen Jahr importierten deutsche Unternehmen Vorprodukte im Wert von 606 Milliarden Euro.

Damit ist Deutschland der mit Abstand größte Vorleistungsimpporteur in der EU – 22,5 Prozent aller Vorprodukte, die die Mitgliedsstaaten

im Ausland einkaufen, entfallen auf die Bundesrepublik.

Gemessen an den jeweiligen Gesamteinfuhren der einzelnen Länder bewegt sich Deutschland allerdings im Mittelfeld der Europäischen Union, seine so dargestellte Abhängigkeit von Vorleistungsimpporten ist also nicht übermäßig groß (Grafik):

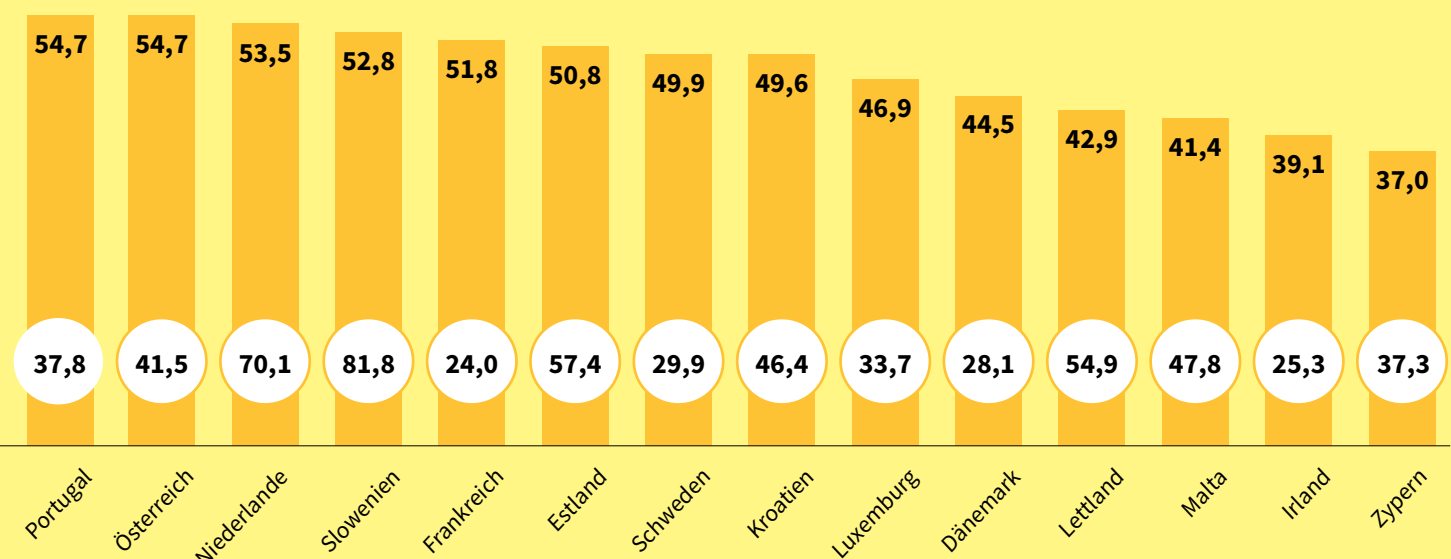
Im Jahr 2019 machten die deutschen Importe von Vorprodukten 55 Prozent der gesamten Einfuhren aus – in immerhin zwölf

anderen EU-Staaten war der Anteil höher.

Zu dieser Gruppe gehören jedoch auch Länder wie Italien, Spanien, Finnland und Griechenland, die – gemessen an ihrer Wirtschaftsleistung – insgesamt weniger importieren als Deutschland.

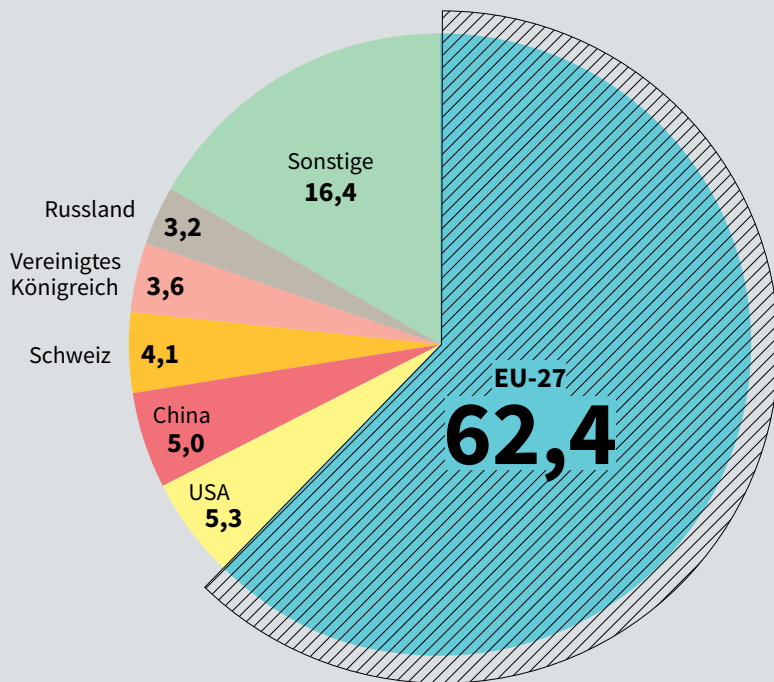
Für die Bundesrepublik sind die anderen EU-Staaten die wichtigsten Lieferanten von Vorprodukten (Grafik Seite 4):

Fortsetzung



Vorprodukte: Meist aus EU-Ländern

So viel Prozent der deutschen Vorleistungsimporte kamen im Jahr 2019 aus diesen Ländern



Darunter:

Niederlande	13,2
Belgien	6,5
Frankreich	5,9
Italien	4,9
Polen	4,7
Österreich	4,6
Tschechien	4,4

EU-27: ohne Vereinigtes Königreich

Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Mehr als 62 Prozent der von Deutschland importierten Vorleistungsgüter kommen aus anderen EU-Ländern.

Dabei stehen die Niederlande mit gut 13 Prozent an erster Stelle. Allerdings dürfte sich in dieser Zahl auch niederschlagen, dass viele Vorprodukte, die eigentlich aus anderen Teilen der Welt stammen, über den Hafen von Rotterdam ihren Weg in die Bundesrepublik finden – dieser Effekt lässt sich aus den verwendeten Handelsstatistiken nur schwer herausrechnen.

Trotz dieser Verzerrung ist immerhin gut ein Drittel der deutschen Vorleistungsimporte dem Nicht-EU-Ausland zuzurechnen – mit den USA (5,3 Prozent) und China (5,0 Prozent) als wichtigsten Lieferanten.

Länderübergreifend werden von Deutschland zu jeweils etwa 16 Prozent Teile und Zubehör von Investitionsgütern oder Transportmitteln sowie Kraft- und Schmierstoffe

importiert. Ansonsten dominieren sonstige verarbeitete Vorprodukte – eine nähere Aufschlüsselung lassen die Handelsstatistiken nicht zu.

Um genauer feststellen zu können, welche Bedeutung ausländische Vorprodukte für die Herstellung deutscher Erzeugnisse haben, muss man auf sogenannte Input-Output-Tabellen zurückgreifen, wie sie etwa die OECD für eine Datenbank verwendet. Zwar liegen diese Daten aufgrund der komplexen Berechnungen nur für das Jahr 2015 vor, dies ist jedoch angesichts der relativ beständigen Handelsströme verkraftbar.

Die OECD-Daten bestätigen jedenfalls, dass die von der deutschen Wirtschaft erbrachten Leistungen zu einem beträchtlichen Teil auf ausländischen Vorleistungen beruhen (Grafik Seite 5):

Insgesamt entfallen gut 23 Prozent der Wertschöpfung, die in deutschen Waren und Dienstleistungen steckt, auf das Ausland.

Auch in dieser Abgrenzung stehen die Vorleistungen aus der EU mit 10 Prozent an der Spitze, die Vereinigten Staaten kommen auf einen Anteil an der gesamten deutschen Wertschöpfung von 2,3 Prozent, China stellt 1,9 Prozent.

Je nach Wirtschaftszweig fallen die Anteile des Auslands und speziell Chinas zum Teil noch deutlich höher aus. Innerhalb der Industrie gilt dies zuvorderst für den Bereich Datenverarbeitung und Elektronik, hier steuert China fast 13 Prozent zur deutschen Wertschöpfung bei. Aber auch in Schlüsselbranchen wie dem Maschinenbau und der Automobilindustrie spielen andere Lieferländer und speziell das Reich der Mitte eine wesentliche Rolle:

In einer von deutschen Herstellern im In- oder Ausland für 100.000 Euro verkauften Maschine stecken im Schnitt gut 28.200 Euro an ausländischer Wertschöpfung, darunter 3.200 Euro aus China.

Selbst wenn die Wertschöpfungsbeiträge einzelner Länder nicht allzu hoch erscheinen, ist zu bedenken, dass deren strategische Bedeutung für einzelne Branchen durchaus noch größer sein kann. Dies gilt zum Beispiel, wenn eine Branche auf seltene Erden angewiesen ist, die fast ausschließlich in China zu vertretbaren Kosten gewonnen und verarbeitet werden können.

Generell aber stellt sich angesichts der Corona-Krise die Frage, ob die bisherigen Lieferketten für die deutsche Wirtschaft noch tragfähig sind oder ob die Unternehmen ihre Abhängigkeit von – oftmals nur wenigen – Zulieferern verringern müssten. Klar ist, dass Strategien wie Outsourcing und Just-in-time-Fertigung die Firmen anfällig für Produktionsunterbrechungen an einzelnen ausländischen Standorten gemacht haben. So haben zum Beispiel die Shutdowns in China und Norditalien

die hiesigen Automobilhersteller schwer getroffen.

Das Risiko der Abhängigkeit vom Ausland gegen die Kostenersparnisse durch die internationalen Wertschöpfungsketten neu abzuwägen, sollte allerdings in erster Linie in der Hand der Unternehmen liegen. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht wäre es sinnvoll, wenn in den entsprechenden Berechnungsmodellen zum Beispiel auch die negativen gesellschaftlichen Kosten von Produktionsausfällen berücksichtigt würden.

Der Staat sollte nur dann in das Marktgeschehen eingreifen, wenn es um klar definierte essenzielle Bereiche geht – etwa Branchen oder Produkte, die für die Versorgung der Bevölkerung unabdingbar sind. In diesem Sinne wäre zum Beispiel eine stärkere Bevorratung mit medizinischer Ausrüstung denkbar.

In jedem Fall sollte eine Neuausrichtung der Lieferstrukturen als

Reaktion auf die Corona-Krise nicht zu neuem Protektionismus führen und damit die zuletzt ohnehin gefährdeten Erfolge globaler Handelsliberalisierung weiter infrage stellen. So gilt es in der EU, die Grenzen offen zu halten. Und im Rahmen der Welthandelsorganisation könnten Staaten, die – anders als beispielsweise China – auf Offenheit und möglichst geringe staatliche Verzerrungen setzen, gemeinsam versuchen, wieder mehr multilaterale Handelserleichterungen auf den Weg zu bringen.

IW-Report 16/2020

Galina Kolev, Thomas Obst:
Die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von internationalen Lieferketten

iwkoeln.de/lieferketten

Wertschöpfung: Fast ein Viertel basiert auf Importen

So viel Prozent der Wertschöpfung, die in deutschen Waren und Dienstleistungen enthalten ist, stammten im Jahr 2015 aus dem ...

	... Inland	... Ausland	Darunter:			
			EU-27	USA	China	Vereinigtes Königreich
Gesamtwirtschaft	76,6	23,4	10,0	2,3	1,9	1,4
Darunter:						
Dienstleistungen	84,3	15,7	7,0	2,1	0,7	1,2
Verarbeitendes Gewerbe	64,9	35,1	14,8	3,0	3,8	1,8
Darunter: DV-Geräte, Elektronik	54,8	45,2	10,7	4,4	12,6	1,6
Chemie, Pharmazie, Gummi, Kunststoff, Glas	60,7	39,3	14,1	3,6	1,8	2,5
Kraftwagen und -teile	71,0	29,0	15,3	2,5	2,2	1,6
Maschinenbau	71,8	28,2	12,8	2,3	3,2	1,3

Deutsche Waren und Dienstleistungen: für die Endnachfrage in Deutschland oder den Export bestimmt
EU-27: ohne Vereinigtes Königreich

Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

Ist die Globalisierung der Industrie ein Auslaufmodell?

„Ja“,



sagt **Bettina Gerfer**,

Geschäftsführerin des Kölner Spezialmaschinenherstellers Wilhelm Rasch, der seit mehr als 60 Jahren Verpackungs- und Temperiermaschinen für die Süßwarenindustrie herstellt. Schon vor der Corona-Krise achtete Gerfer darauf, möglichst unabhängig von Zulieferern zu sein.

Diese Frage muss man sich angesichts der durch die Corona-Krise aufkommenden Probleme für das produzierende Gewerbe durchaus stellen. Für Familienunternehmen wie für uns als Spezialmaschinenhersteller war das allerdings immer schon ein Thema. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, dass es zu Zeiten meines Großvaters völlig selbstverständlich war, so gut wie alle Teile selbst zu fertigen. Ein entsprechend hoher Spezialisierungsgrad der Mitarbeiter war normal, der Bestand an Fertigungsmaschinen enorm. Mit der fortschreitenden Globalisierung in den vergangenen drei Jahrzehnten mussten auch wir uns fragen, ob es sich lohnt, alte Maschinen gegen neue, computergesteuerte Nachfolger auszutauschen. Wir haben im ersten Schritt in moderne CAD-Fräsmaschinen investiert, auf denen wir mittlerweile die für unsere Maschinen benötigten Wickelwerkzeuge komplett selbst fertigen. Diesen Schritt haben wir uns sehr lange überlegt, aber nur so stellen wir sicher, dass wir unseren Werkzeugbau unabhängig von Zulieferern managen können. Die Programme für unsere CAD-Maschinen schreiben wir ebenfalls selbst, sind also auch hier nicht von Dienstleistern abhängig.

Allerdings kam es auch bei uns dazu, dass wir uns zunehmend auf die Suche nach globalen Zulieferern für mechanische Standardkomponenten gemacht haben, da es auf den ersten Blick viel preiswerter schien, als in die eigene Infrastruktur zu investieren. Elektroteile kaufen wir ausschließlich im deutschen Markt zu, Fernost war für uns schon aufgrund unserer geringen Stückzahlen

keine wirkliche Alternative, auch wenn man anfangs, weil es ja schließlich modern war, vielleicht damit geliebt hat.

Schnell hatten wir sowohl lokale als auch weitere deutsche und europäische Partner identifiziert, die wir bei Kapazitätsengpässen in der Eigenfertigung immer noch beauftragen. Jedoch gab und gibt es mit einzelnen Zulieferern immer wieder Probleme mit Lieferterminen und Qualität. Einerseits mag dies sicherlich daher kommen, dass wir unseren Kunden auch für alte Maschinen immer noch Ersatzteile liefern, deren Zeichnungen häufig noch nicht CAD-technisch aufgearbeitet wurden. Andererseits liegt es wohl aber auch an der Sorgfalt bei der Herstellung.

Masse ist eben nicht das, wofür wir als Spezialmaschinenhersteller stehen. Daher haben wir uns vor einiger Zeit entschlossen, auch in die Modernisierung unserer übrigen Produktionsmaschinen für mechanische Teile zu investieren. Spezialmaschinenbau bedeutet häufig Einzelfertigung rund ums Produkt und daher geringe Stückzahlen. Bauen wir Prototypen oder testen eine neue Wickeltechnik, benötigen wir oft ganz schnell neue, etwas modifizierte Teile. Genau hier bewähren sich unsere hohe Eigenfertigungstiefe und starken lokalen Partner, die auf Zuruf immer da sind. Nicht abhängig zu sein von globalen Partnern stellt sich für uns gerade jetzt als Segen heraus. Die Krise enthüllt die eigenen Stärken und Schwächen – machen und lernen wir etwas daraus!

Pro und Kontra. In vielen deutschen Industriebetrieben standen die Bänder nicht nur deshalb wochenlang still, weil Mitarbeiter wegen der Ansteckungsgefahr durch das Coronavirus zu Hause bleiben mussten, sondern auch, weil Vorprodukte aus dem Ausland fehlten. Während einige Unternehmer die Globalisierung nach wie vor befürworten, sehen andere Firmenchefs die internationale Arbeitsteilung kritisch.

„Nein“,



sagt **Arndt G. Kirchhoff**, geschäftsführender Gesellschafter der Kirchhoff-Gruppe, eines Automobilzulieferers.



Die Globalisierung wurde leider in der letzten Zeit durch die Einführung von Zöllen, zunehmenden Protektionismus und zähe Diskussionen über Freihandelsabkommen zurückgeworfen. Dabei ist die Globalisierung ein Wohlstandstreiber. Sie sorgt für die Übertragung von Know-how und den Aufbau von Arbeitsplätzen, gerade auch in Entwicklungsregionen. Dort haben Bildungs- und Erwerbsbeteiligung in den vergangenen drei Jahrzehnten Hunderte von Millionen Menschen aus der Armut befreit. Die kontinuierliche Steigerung des Welthandels hat vielen bessere Lebensbedingungen beschert. Auch wenn wir jetzt pandemiebedingt den stärksten Rückgang der Wirtschaftsleistung seit dem Zweiten Weltkrieg erleben, müssen wir an dem Ziel festhalten, jenen Teilen der Weltbevölkerung, die noch unter Not und Hunger leiden, die Chance auf eine lebenswerte Zukunft zu geben. Das geht nur mit einem globalen Ansatz, wie sie etwa die Compact-with-Africa-Initiative vorsieht. Hierbei sollen Investitionen in die Infrastruktur und in moderne Technologien nicht nur für Arbeitsplätze sorgen, sondern auch eine nachhaltigere Weltwirtschaft ermöglichen. Der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft in Afrika, bei dem der Wasserstoff in der europäischen Industrie – etwa in der Stahlerzeugung – eingesetzt wird, wäre eine Lösung für eine CO₂-freie Produktion. Angesichts der dramatischen Auswirkungen der Pandemie werden wir mit Sicherheit auch Erkenntnisse gewinnen, die zu einer Neubewertung von offenen Märkten und freiem Handel führen. Denn wir müssen zur-

zeit lernen, mit der Corona-Pandemie zu leben und zu arbeiten – und das werden wir nur in Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Ländern schaffen. Wenn dies gelingt, wird Europa auch künftig ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsraum gegenüber Amerika und Asien sein.

Auch wirksamer Klimaschutz wird nur grenzübergreifend gelingen. Um die von der Wirtschaft mitgetragenen ehrgeizigen Klimaziele zu erreichen, hatten die Firmen schon vor Corona damit begonnen, die Nachhaltigkeitsziele in ihre Strategien aufzunehmen. Dazu gehört die Frage der Rohstoffherkunft und –aufbereitung genauso wie das Ziel, den Ressourcenverbrauch insgesamt zu reduzieren und die Wiederverwendbarkeit zu ermöglichen und zu organisieren. Auch die weltweiten Lieferketten einschließlich der Logistik werden auf ihren CO₂-Ausstoß überprüft.

Globalisierung und Freihandel sind die Voraussetzung dafür, dass wir die großen Zukunftsthemen gelöst bekommen: schnellere Digitalisierung, gute Infrastruktur, mehr regenerative Energieerzeugung, Erreichung der Klimaziele und eine neue Mobilität. In der Pandemiephase erleben wir gerade nahezu täglich eine neue enge Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und den politisch Verantwortlichen in allen Staaten. Diese enge globale Zusammenarbeit sollten wir alle in guter Erinnerung behalten, wenn wir uns nach der Krise wieder verstärkt daranmachen, diese großen Herausforderungen zu lösen.

Die Lage verschlechtert sich

Metall- und Elektro-Industrie. Die durch die Corona-Pandemie ausgelöste Krise in der M+E-Industrie verschärft sich weiter – das geht aus einer aktuellen Befragung der M+E-Unternehmen in Deutschland hervor. Viele Betriebe sind derzeit in ihrer Produktion eingeschränkt, die meisten Firmen rechnen mit starken Umsatzeinbrüchen in diesem Jahr.

Wie geht es den M+E-Unternehmen in Deutschland in der Corona-Krise? Diese Frage hat der Arbeitgeberverband Gesamtmetall Anfang Mai seinen Mitgliedsunternehmen zum zweiten Mal gestellt. Das Ergebnis: Für viele Betriebe ist die Situation schlechter als bei der

ersten Befragung im April (Grafik Seite 9 rechts).

Knapp 92 Prozent der M+E-Unternehmen sind derzeit durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie in ihrer Produktion eingeschränkt, vor einem Monat waren es 83 Prozent.

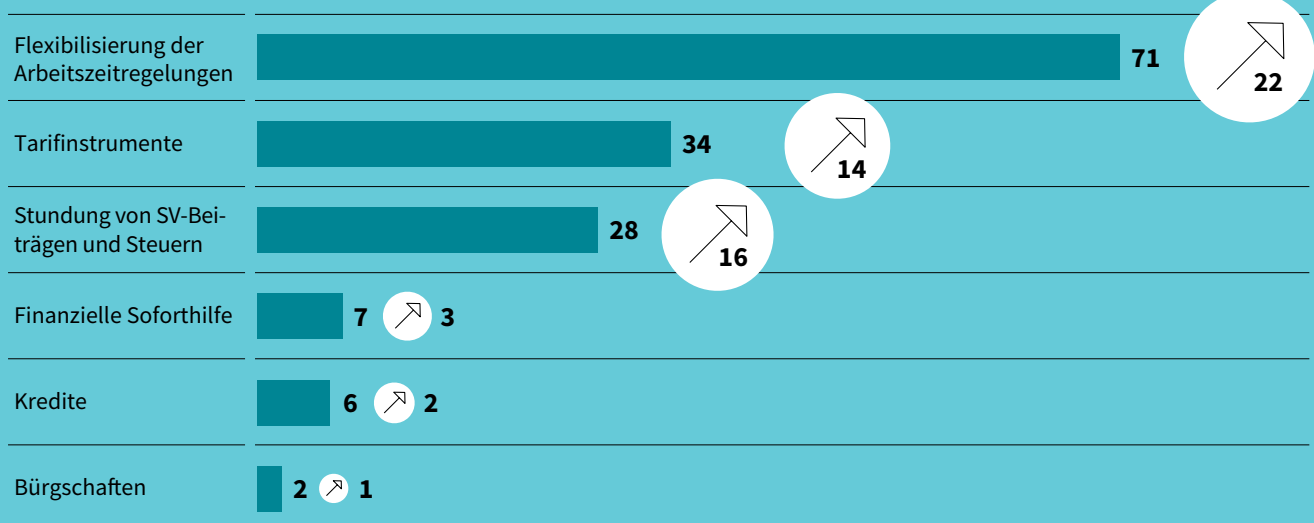
Auch die Intensität hat zugenommen. So gaben fast 44 Prozent der 1.402 befragten Unternehmen an, stark oder sehr stark von der Corona-Krise betroffen zu sein – ein Zuwachs von 13 Prozentpunkten seit April.

Der mit Abstand wichtigste Grund für die Produktionseinschränkung ist

Arbeitszeit ist wichtigstes Steuerungsinstrument

So viel Prozent der M+E-Unternehmen gaben im Mai 2020 an, zur Bewältigung der Corona-Pandemie diese Instrumente zu nutzen

■ Veränderung gegenüber April in Prozentpunkten



Mehrfachnennungen möglich; SV-Beiträge: Beiträge zu den Sozialversicherungen
Befragung von 1.402 Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie

Quelle: Gesamtmetall
© 2020 IW Medien / iwd

die fehlende Nachfrage. Vier von fünf Betrieben haben dadurch Probleme. Fehlende Teile oder Materialien sind für gut ein Viertel relevant. Fast genauso häufig werden Vorschriften und Maßnahmen zum Gesundheitsschutz genannt. Die Kapazitätsauslastung verharrt mit 65 Prozent weiter auf einem historischen Tiefstand.

Es gibt aber auch eine gute Nachricht: Nur noch 2 Prozent der M+E-Unternehmen sind derzeit komplett geschlossen, im April waren es 7 Prozent. Die Zahl der Betriebe in Kurzarbeit ist dagegen gestiegen – von 43 auf 60 Prozent. Umgerechnet auf deren Belegschaft sind damit 1,55 Millionen Mitarbeiter der Branche in Kurzarbeit. Da weitere 21 Prozent der Betriebe Kurzarbeit planen, könnte die Zahl im Lauf des Monats auf rund zwei Millionen steigen. Zum Vergleich: In der Finanz-

krise lag die Höchstzahl der Kurzarbeiter bei 950.000. Im Durchschnitt ist die Arbeitszeit derzeit um fast die Hälfte reduziert.

Wie wichtig das Instrument der Kurzarbeit ist, zeigt sich bei den Kündigungen:

Nur 4 Prozent der M+E-Betriebe mussten bisher Kündigungen aussprechen, 60 Prozent erwarten aus heutiger Sicht, dass sie ohne Kündigungen auskommen werden.

Um möglichst gut durch die Krise zu kommen, nutzen die Betriebe verschiedene Instrumente. Am häufigsten greifen sie auf flexible Arbeitszeitregelungen zurück (Grafik Seite 8). Auch die Vereinbarungen in den Tarifverträgen sind für die Unternehmen eine Hilfe, ebenso die Stundung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen.

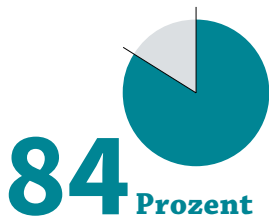
Finanzielle Soforthilfen (7 Prozent) und Kredite (6 Prozent) sind

aktuell eher selten notwendig, allerdings hat sich die Zahl der Unternehmen, die diese in Anspruch nehmen, im Vergleich zum April verdoppelt.

Insgesamt rechnen 84 Prozent der M+E-Unternehmen mit einem Umsatzrückgang in diesem Jahr – und das im Schnitt um 24 Prozent (Grafik). Besonders stark ist die Automobilindustrie betroffen. Gut jeder zehnte Betrieb erwartet dagegen stabile Umsätze, ihr Geschäft ausbauen werden in diesem Jahr nicht einmal 5 Prozent.

Um die Lage der M+E-Unternehmen zu verbessern, muss vor allem die Nachfrage wieder anziehen.

Ein staatliches Konjunkturprogramm könnte helfen, den Absatz anzukurbeln. Andernfalls werden die Unternehmen lange mit den Auswirkungen der Corona-Krise zu kämpfen haben.



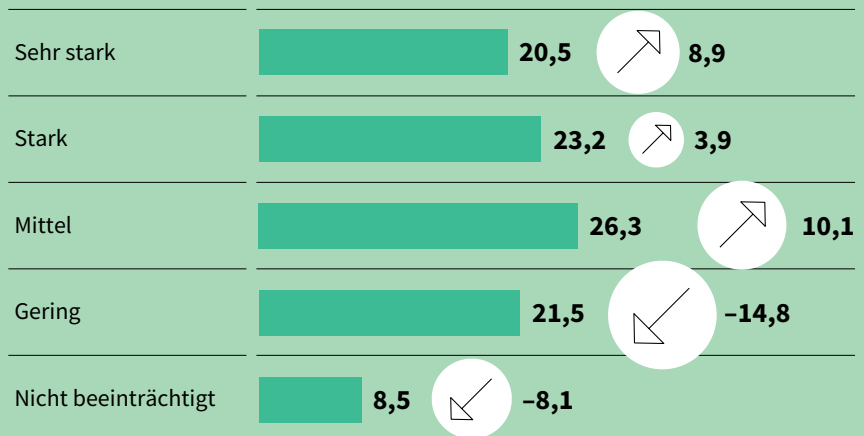
der M+E-Unternehmen in Deutschland erwarten für 2020 einen Umsatzrückgang – im Schnitt von



M+E-Unternehmen: Fast die Hälfte stark eingeschränkt

So viel Prozent der M+E-Unternehmen in Deutschland gaben im Mai 2020 an, durch die Corona-Pandemie so stark in ihrer Produktion eingeschränkt zu sein

■ Veränderung gegenüber April in Prozentpunkten



Befragung von 1.402 Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie im Mai 2020

Quelle: Gesamtmetall © 2020 IW Medien / iwd

Befragung von 1.402 Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie

Quelle: Gesamtmetall © 2020 IW Medien / iwd

Vorsicht ist geboten

Mindestlohn. Dank des langjährigen Konjunkturbooms hat die deutsche Wirtschaft die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2015 bislang ohne größere Beschäftigungsverluste verkraftet. Das könnte sich bald ändern, wollen die Gewerkschaften doch ungeachtet der Corona-Krise eine kräftige Anhebung der unteren Lohngrenze durchsetzen. Ihr Argument, ein höherer Mindestlohn würde das Armutsrisiko senken, ist allerdings wenig stichhaltig.

12 Euro je Stunde – auf diesen Betrag soll der Mindestlohn in Deutschland demnächst steigen, wenn es nach den Vorstellungen von Gewerkschaften und einigen Politikern geht. Das wäre gegenüber dem heutigen Niveau von 9,35 Euro ein Anstieg um mehr als 28 Prozent.

Dabei ist Deutschland schon heute in Sachen Lohnuntergrenze keineswegs knauserig, wie ein europaweiter Vergleich zeigt. Bislang haben 21 europäische Länder einen gesetzlichen Mindestlohn eingeführt – schaut man auf die nominal gezahlten Beträge, steht Deutschland in diesem Ranking auf Platz sieben.

Den höchsten Mindestlohn gibt es mit 12,38 Euro je Stunde in Luxemburg, am wenigsten bekommen Mindestlohnbezieher in Bulgarien mit 1,87 Euro je Stunde.

Allerdings weicht das Preisniveau in den einzelnen europäischen Staaten stark voneinander ab. Demzufolge können sich die Menschen von ihrem Mindestlohn unterschiedlich viel leisten. Berücksichtigt man diesen Kaufkrafteffekt und rechnet alle Mindestlöhne auf das deutsche Preisniveau um, rutscht Deutschland mit den für seinen hohen Wohlstand relativ niedrigen Lebenshaltungskosten in der Rangliste ein ganzes Stück nach oben (Grafik):

Im europäischen Ranking der kaufkraftbereinigten Mindestlöhne steht Deutschland auf Rang vier – nur in Luxemburg, Frankreich und den Niederlanden ist die Kaufkraft des Mindestlohns noch etwas höher.

Insgesamt schrumpft das Mindestlohngefälle durch die Kaufkraftbereinigung – Schlusslicht ist nun Lettland mit einem Stundensatz von 3,59 Euro.

Ein zentrales Argument jener, die eine deutliche Anhebung des Mindestlohns in Deutschland befürworten, ist, dass nur ein höherer Mindestlohn wirksam gegen das Phänomen „Armut trotz Arbeit“ helfen könne. Dies hieße umgekehrt, das heutige Mindestlohnniveau wäre dazu nicht ausreichend.

Nach international gültiger Konvention gilt als armutsgefährdet, wer weniger als 60 Prozent des mittleren, bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Nettoeinkommens verdient. Diese Rechnung berücksichtigt, dass Mehrpersonenhaushalte, pro Kopf gerechnet, einen geringeren Bedarf an bestimmten Gütern haben – zum Beispiel kommt ein Haushalt in der Regel mit einer Waschmaschine aus, egal, ob dort ein Single oder ein Ehepaar mit Kindern wohnt.

So gemessen, erfüllt der Mindestlohn in Deutschland bereits heute weitestgehend das Kriterium, Armut zu vermeiden. Denn im Jahr 2018 kam ein Vollzeitbeschäftigter, der auf Mindestlohnbasis arbeitete, im Monat nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben auf knapp 98 Prozent der Armutsgefährdungsschwelle – der Beschäftigte konnte also mit seinem Verdienst seinen Lebensunterhalt im Wesentlichen aus eigener Kraft bestreiten.

Darüber hinaus ist schon die Vermutung falsch, dass Mindestlohnempfänger in besonderem Maße von Einkommensarmut betroffen seien. Zum einen leben sie häufig zusammen mit anderen Personen, die ein höheres Einkommen erzielen. Zum anderen ist für das Risiko der Einkommensarmut vor allem die Arbeitszeit ausschlaggebend:

Von den Vollzeitarbeitnehmern mit einem Stundenverdienst zwischen dem Mindestlohn und 10 Euro liegen lediglich 12 Prozent unter der Armutsgefährdungsschwelle.

Dieser Anteil ist nicht nur deutlich geringer als in der Bevölkerung insgesamt (16,7 Prozent), sondern auch gerade mal knapp halb so hoch wie bei den Teilzeitbeschäftigten aus derselben Stundenlohnkategorie mit 27 Prozent.

Naheliegenderweise verringert sich die Armutsgefährdungsquote von Vollzeitbeschäftigten mit steigendem Stundenlohn. Das heißt nun aber keineswegs, dass diese Quote drastisch sinken würde, wenn der Mindestlohn angehoben wird. Dies zeigt eine Simulation auf der Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels. Zugrunde gelegt wurde dabei eine Erhöhung des Mindestlohns um 22 Prozent. Ein solches Plus wäre erforderlich, um den Mindestlohn im kommenden Jahr von voraussichtlich 9,80 Euro – auf dieses Niveau würde der Satz den bisherigen Regeln zufolge steigen – auf das von Gewerkschaften gewünschte Niveau von 12 Euro anzuheben. Die Folge:

Steigen alle Stundenverdienste ab 9,80 Euro auf mindestens 12 Euro, sinkt die Armutsgefährdungsquote der Beschäftigten schätzungsweise nur um 0,8 Prozentpunkte.

Bezogen auf die gesamte Bevölkerung ist sogar lediglich mit einem Rückgang der Quote um 0,5 Punkte zu rechnen.

Dabei unterstellt die Simulation sogar, dass die Unternehmen auf die gestiegenen Lohnkosten nicht mit einer Verkürzung der Arbeitszeiten reagieren und die deutliche Erhöhung des Mindestlohns auch keine negativen Beschäftigungseffekte verursacht.

Genau dies ist vor dem Hintergrund der Corona-Krise jedoch eine sehr optimistische Annahme – schließlich trifft die Krise nicht zuletzt jene kleinen Dienstleistungsbetriebe besonders hart, die Mindestloohnerhöhungen ohnehin am stärksten zu spüren bekommen. Eine Anhebung des Mindestlohns über die bisher geübte Praxis hinaus könnte deshalb in erheblichem Maße zusätzliche Arbeitsplätze kosten. Und wer keinen Job hat, für den steigt das Armutsrisiko erheblich – 57 Prozent der Arbeitslosen in Deutschland liegen mit ihrem Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle.

Mindestlohn: In Deutschland relativ hoch

Europäische Länder mit einem gesetzlichen Mindestlohn, im Jahr 2020 in Euro

■ Kaufkraftbereinigt und umgerechnet auf deutsches Preisniveau
■ Nominal

Luxemburg	10,20	12,38
Frankreich	9,60	10,15
Niederlande	9,44	10,14
Deutschland	9,35	9,35
Belgien	9,07	9,66
Vereinigtes Königreich	8,31	9,35
Irland	8,03	9,80
Slowenien	6,68	5,44
Spanien	6,50	5,76
Polen	6,41	3,50
Litauen	5,90	3,72
Rumänien	5,65	2,81
Tschechien	5,02	3,40
Slowakei	4,95	3,33
Ungarn	4,85	2,85
Kroatien	4,83	3,17
Griechenland	4,65	3,76
Portugal	4,60	3,83
Estland	4,53	3,48
Bulgarien	3,86	1,87
Lettland	3,59	2,54

Quellen: Eurostat, OECD, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

IW-Report 18/2020

Hagen Lesch, Christoph Schröder: Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns

iwkoeln.de/mindestlohn

Maßnahmenmix zur Krisenbewältigung

Wirtschaftspolitik. Um der schwächelnden Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen, diskutiert die Politik über Konjunkturmaßnahmen. Unter den Vorschlägen sind auch Konjunkturimpulse mit klimaschonender Wirkung. Denn diese würden der deutschen Wirtschaft nicht nur aus der gegenwärtigen Krise helfen, sondern sie auch für die nächste rüsten.

Die von der Corona-Pandemie geplagte Volkswirtschaft muss wieder an Fahrt gewinnen. So weit sind sich alle einig. Weniger Konsens gibt es darüber, was konkret in dem für Anfang Juni angekündigten Konjunkturprogramm stehen soll. Steuersenkungen, Abwrackprämien, Corona-Schecks, Investitionsprogramme – an Ideen, die die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, mangelt es nicht. Wenn allerdings schon historische Summen ausgegeben werden, so die Forderung, sollte dabei eine Sache nicht zu kurz kommen: der Klimaschutz. Dieser Ruf nach einer „Green Recovery“ wurde zuletzt auch im Rahmen des Petersberger Klimadialogs laut: Anlässlich der Beratungen hatten 68 namhafte deutsche Unternehmen, darunter immerhin acht Dax-Konzerne, dazu aufgerufen, die Maßnahmen zur Klimaschutzpolitik auch in Zeiten der Corona-Krise weiterzuführen. Denn der Klimawandel und seine Folgeschäden machen keine Pause.

Zwar sinken die CO₂-Emissionen durch den Lockdown derzeit – aber nachhaltig ist dieser Effekt nicht. Vielmehr ist es wahrscheinlich, dass die Emissionen in Deutschland erneut ansteigen, sobald die Wirtschaftsleistung wieder an Fahrt

gewinnt – wie der Blick auf die vorherige Wirtschaftskrise zeigt (Grafik):

Schon ein Jahr nach der Finanzkrise 2009 stiegen die Treibhausgasemissionen in Deutschland sprunghaft um 35 Millionen Tonnen.

Um eine anhaltende Reduktion der Emissionen zu erreichen, braucht es somit öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, private Investitionen in emissionsarme Technologien und verlässliche Rahmenbedingungen, die Planungssicherheit für diese grundlegenden Investitionen schaffen. Allerdings sind solche Aufwendungen auch von einer wettbewerbsfähigen und innovationsstarken Industrie abhängig, die durch die Corona-Krise gerade geschwächt ist.

Deshalb wäre ein kurzfristiges Konjunkturprogramm in Kombination mit einem mittel- bis langfristigen Wachstumsprogramm optimal, das der deutschen Wirtschaft nicht nur aus der gegenwärtigen Krise hilft, sondern sie auch für die nächste rüstet.

Doch wie könnte das konkret aussehen? Dafür sollte die Bundesregierung folgende Schritte wählen:

Erstens sollte die Politik Maßnahmen beschließen, die schnell wirken, damit sie auch solchen Unterneh-

men helfen, die sich gerade noch so über Wasser halten können.

Zweitens sollten befristete Maßnahmen einen konjunkturellen Schub geben, der die baldige Erholung fördert.

Drittens sollten Maßnahmen angestoßen werden, die auf langfristige und nachhaltige Strukturveränderungen abzielen. Als Richtlinie bietet sich zum Beispiel das 2019 beschlossene einheitliche EU-Klassifikationssystem an, das Kriterien für klimaverträgliche Investments festlegt.

Auch nach der Finanzkrise wurde neben Krediten und Steuererleichterungen mehr als ein Viertel des damals von der Politik geschnürten 100-Milliarden-Euro-Pakets für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur verwendet.

Besonders erprobt, nachhaltig und wirksam sind vor allem Baumaßnahmen wie die energetische Sanierung und Optimierung von Bestandsgebäuden sowie Heizungsanlagen.

Diese Maßnahmen setzen auch – meist regionale – wirtschaftliche Impulse für die Gebäudeinfrastruktur, die immerhin für knapp 14 Prozent der CO₂-Emissionen in Deutschland verantwortlich ist.

Wie vor allem bei Schulgebäuden zu sehen ist, besteht allein in der kommunalen Infrastruktur ein Sanierungsstau in Höhe von gut 138 Milliarden Euro. Dieses Problem sollte über die nächsten zehn Jahre in Angriff genommen werden, sodass die Bauunternehmen und nachgelagerte Branchen auch langfristig Planungssicherheit haben.

Aber auch infrastrukturelle Klimamaßnahmen könnten einen raschen Effekt erzielen, wie etwa der Ausbau einer emissionsärmeren Verkehrsinfrastruktur – zum Beispiel durch mehr Lademöglichkeiten für Elektroautos – und der generelle Ausbau erneuerbarer Energien.

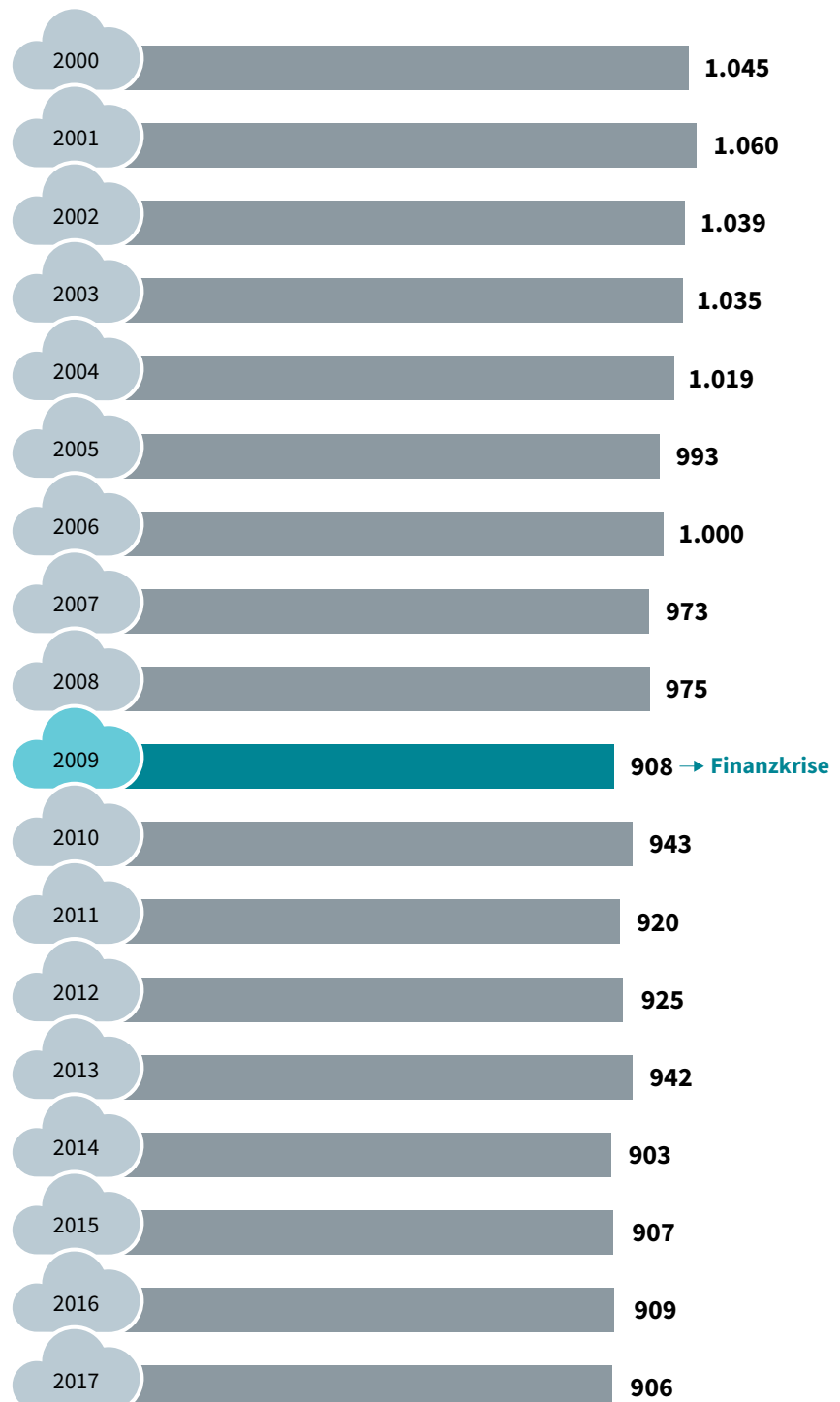
Die Corona-Pandemie, in der so viele Menschen wie nie zuvor von zu Hause aus arbeiten, verdeutlicht auch den Stellenwert der Digitalisierung. Eine weitere Infrastrukturmaßnahme ist daher ein schneller Breitbandzugang für alle Bundesbürger. Gerade das könnte auch langfristig Wachstumsimpulse in weniger besiedelte Regionen bringen und neue Geschäftsmodelle ermöglichen.

Die Digitalisierung spielt beim Klimaschutz eine Schlüsselrolle, da sie Homeoffice, Videokonferenzen – anstelle von Dienstreisen – sowie Fernunterricht ermöglicht.

Nicht zuletzt fällt auch der klimafreundliche Umbau der Industrie in die Kategorie der strukturellen – und ohnehin notwendigen – Maßnahmen. Investitionen in Zukunftstechnologien, vor allem in die Wasserstoff- und Kreislaufwirtschaft, sind langfristig und nachhaltig – und klare Rahmenbedingungen dazu werden von Unternehmen ohnehin seit Längerem gefordert. Mit der Entwicklung dieser weltweit zunehmend gefragten Technologien könnte die deutsche Industrie ihren Vorsprung nutzen und neue Wertschöpfungsquellen erschließen.

Nur eine kurze Auszeit fürs Klima

Treibhausgasemissionen in Millionen Tonnen
CO₂-Äquivalente in Deutschland



Die Corona-Engpässe

Fachkräfte. Welche Berufe sind in Deutschland unverzichtbar für die Grundversorgung der Bevölkerung und wo drohen in der Corona-Krise Fachkräfteengpässe? Weil es auf diese Fragen bislang keine eindeutigen Antworten gibt, ist das Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung (KOFA) im Institut der deutschen Wirtschaft dem Problem in einer Studie nachgegangen.

Systemrelevant – dieser Begriff fiel in den vergangenen Tagen und Wochen oft, wenn es um die Grundversorgung der Bevölkerung in der Corona-Krise ging. Das Problem: Es gibt bisher keine einheitliche Definition und der Begriff ist eher unpassend. Denn es geht nicht um das „System“ der Wirtschaft, zu dem alle Branchen gehören, sondern um „kritische Infrastrukturen“ mit besonderer Bedeutung für die Grundversorgung der Bevölkerung und die öffentliche Sicherheit. Für diese Infrastrukturen haben Bund und Länder definiert, welche Branchen dazugehören und welche eben nicht.

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat nun mit einer Studie eine einheitliche Grundlage für weitere Diskussionen geschaffen. Dabei sprechen die Forscher von „Versorgungsrelevanz“, da dieser Begriff zutreffender ist. Er wird zudem weiter gefasst als bisher, damit auch die für die Grundversorgung der Bevölkerung benötigten Wertschöpfungsketten berücksichtigt werden. So kann beispielsweise ein Arzt im Krankenhaus die Patienten nicht angemessen behandeln, wenn die Haustechnik nicht funktioniert oder es an Hygieneartikeln mangelt.

Anders als bisher üblich haben die Forscher nicht mehr ganze Branchen als versorgungsrelevant definiert, sondern entsprechende Berufe. So ist zum Beispiel die Lebensmittelindustrie zwar grundsätzlich wichtig für die Versorgung der Menschen. Berufe, in denen alkoholische Getränke hergestellt werden, sind aber nicht versorgungsrelevant. Nach dieser Definition zeigt sich (Grafik):

In Deutschland gibt es insgesamt 501 versorgungsrelevante Berufe.

Die meisten davon sind in den Bereichen Gesundheit (102), Transport und Verkehr (95) sowie Ernährung (68) zu finden. Blickt man auf die Fachkräftesituation in den versorgungsrelevanten Berufen, so zeigen sich Herausforderungen bei der Bewältigung der Krise.

In fast der Hälfte der versorgungsrelevanten Berufe bestehen derzeit Fachkräfteengpässe oder sie sind zu erwarten.

Um herauszufinden, wie sich die Fachkräftesituation in den einzelnen Bereichen im Detail darstellt, hat das IW einen Index anhand von vier Kriterien entwickelt:

- Mehrbedarf an Fachkräften wie derzeit im Gesundheitssektor,
- Fachkräfteengpässe vor der Corona-Krise,
- Wegfall von Arbeitskräften, zum Beispiel durch vermehrte Krankheitsfälle, und
- mögliches Aktivierungspotenzial, etwa durch Beschäftigte aus nicht versorgungsrelevanten Branchen.

Das Ergebnis der Berechnungen zeigt ein eindeutiges Bild:

Es gibt in Deutschland 27 Berufe, die besonders anfällig für Corona-bedingte Fachkräfteengpässe sind – 22 davon gehören zum Gesundheitssektor.

Den höchstmöglichen Indexwert acht und damit ein ausgesprochen hohes Risiko eines Fachkräftemangels hat das IW bei Fachkrankenpflegerinnen und -pflegern, Führungskräften im Gesundheitsbereich, wie beispielsweise Stationsleitungen, sowie Altenpflege-Spezialisten ausgemacht.

Außerhalb des Gesundheitsbereichs weisen Berufe in der öffentlichen Verwaltung die höchsten Risiken auf.

In weiteren 195 versorgungsrelevanten Berufen besteht mit einem Indexwert von drei bis fünf ein erhöhtes Risiko, in der Corona-Krise durch einen Fachkräfteengpass in Versorgungsprobleme zu geraten.

Auch wenn der Gesundheitsbereich die meisten gefährdeten Berufe aufweist, sind andere Bereiche ebenfalls stark betroffen. So sind elf der 15 Berufe im Bereich Betreuung und Erziehung einem erhöhten Risiko eines Fachkräfteengpasses ausgesetzt.

Corona-Krise: Mehr als 500 Berufe sind versorgungsrelevant

Zahl der versorgungsrelevanten Berufe je Sektor und deren Corona-bedingtes Engpassrisiko

	Corona-Engpassindexwert				501 Insgesamt	Sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigte in versorgungsrelevanten Berufen im Jahr 2018
	0	1 bis 2	3 bis 5	6 bis 8		
Gesundheit	0	29	51	22	102	3.722.300
Transport und Verkehr	4	50	41	0	95	2.578.200
Ernährung	4	45	19	0	68	606.500
Staat und Verwaltung	2	27	24	3	56	869.200
Medizintechnik, Hygieneartikel und Verpackung	1	24	21	0	46	355.900
Informationstechnik und Telekommunikation	2	16	4	0	22	552.100
Energie	4	16	1	0	21	100.400
Handel	3	9	8	1	21	854.400
Ver- und Entsorgung	1	11	6	0	18	103.000
Instandhaltung	0	11	6	0	17	314.000
Betreuung und Erziehung	0	3	11	1	15	1.486.800
Journalismus	4	6	0	0	10	69.200
Finanzen und Versicherungen	0	3	3	0	6	547.800
Personal und Löhne	1	3	0	0	4	63.200

Indexwert 1–2: geringes Risiko eines Corona-bedingten Fachkräftengpasses; Indexwert 3–5: mittleres Risiko eines Corona-bedingten Fachkräftengpasses; Indexwert 6–8: hohes Risiko eines Corona-bedingten Fachkräftengpasses

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Von den Berufen in der Kategorie Medizintechnik, Hygieneartikel und Verpackung trägt knapp die Hälfte ein erhöhtes Risiko, in der Transportbranche und der Verwaltung sind es jeweils 43 Prozent.

Auf der Grundlage dieser Informationen gilt es nun, die nächsten Schritte zu tun, um dem Fachkräftemangel in versorgungsrelevanten Berufen entgegenzuwirken.

So sollten Bevölkerung, öffentliche Institutionen sowie Unternehmen mehr Informationen zum Fachkräftebedarf in diesen Berufen erhalten. Ziel ist es, Angebot und Nachfrage durch intensiven Austausch und kluge Nutzung bestehender Plattformen effektiv zusammenzu-

führen. Stärker vereinheitlichte Regularien sowie ein zentrales Informationsportal aller Bundesländer würden dabei helfen. Außerdem sollten qualifizierte Arbeitskräfte noch leichter kurzfristig und vorübergehend in versorgungsrelevante Tätigkeiten wechseln können.

KOFA-Studie 1/2020

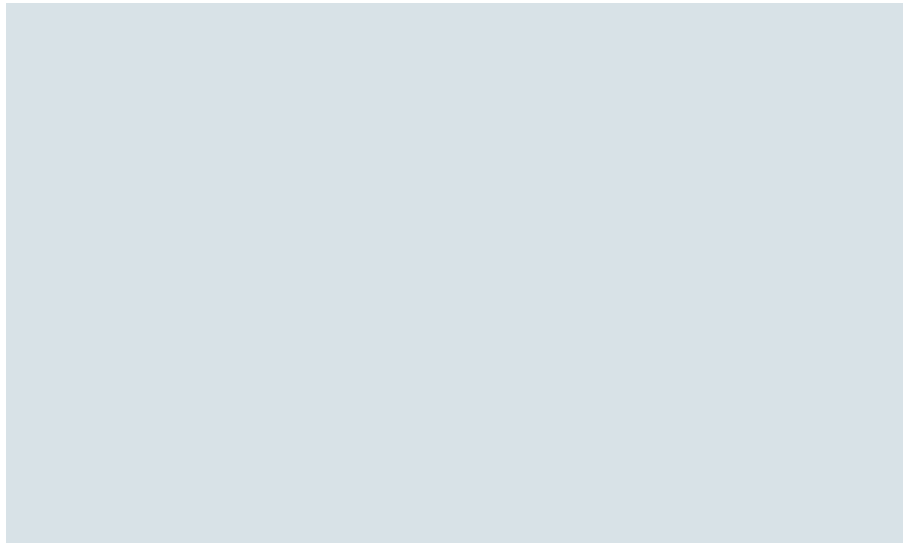
Alexander Burstedde et al.: „Versorgungsrelevante“ Berufe in der Corona-Krise – Fachkräftesituation und Fachkräftepotenziale in kritischen Infrastrukturen

kofa.de/studie-corona

Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland · **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber · **Redaktionsassistent:** Anja Hüpper · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datschutz-iwd@iwmedien.de.

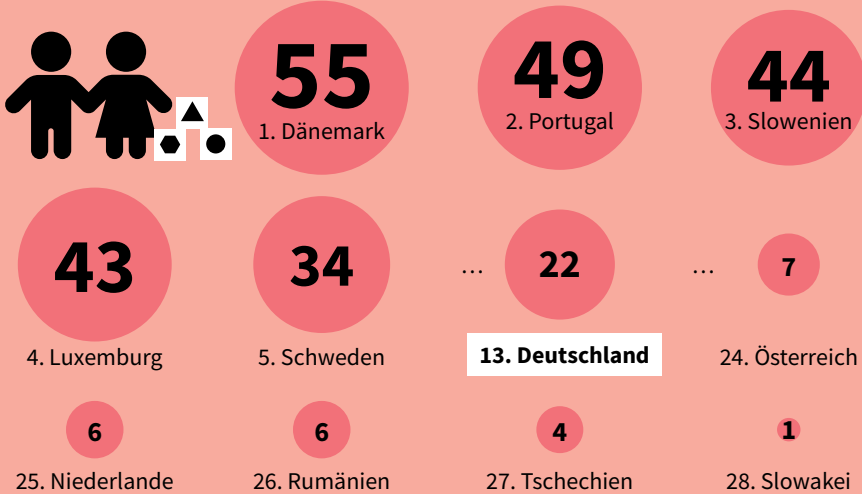


Top-Liste: Nanny-Notstand

Nachdem aufgrund der Corona-Pandemie in vielen Ländern Schulen und Kitas geschlossen wurden, öffnen nach den Schulen nun auch die Betreuungseinrichtungen für die Kleinsten wieder sukzessive. Dass dies vergleichsweise spät und sehr zögerlich geschieht, ist klar – denn wie will man Ein- und Zweijährigen Abstands- und Hygieneregeln vermitteln? Für viele junge Eltern sind das schwierige Zeiten, zumal wenn beide berufstätig sind. Vor Ausbruch von Covid-19 ließen vor allem dänische und portugiesische Familien ihre Kleinsten in größerem Umfang fremdbetreuen. In der Slowakei ist es dagegen völlig untypisch, ein Kind unter drei Jahren in fremde Obhut zu geben. Dort werden rund 80 Prozent der Kinder dieser Altersgruppe ausschließlich von den Eltern versorgt – das ist EU-weit der höchste Wert.

Kinderbetreuung: Große Unterschiede bei den Kleinen

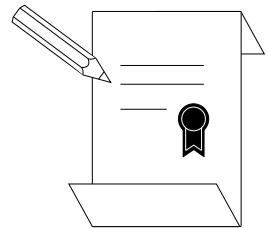
In der EU wurden 2018 so viel Prozent der Kinder unter drei Jahren wöchentlich mindestens 30 Stunden außer Haus betreut



Quelle: Eurostat
© 2020 IW Medien / iwd



Wissenschaftspreis Bürokratie



Bürokratien sollen sicherstellen, dass Gesellschaften und Organisationen Regeln folgen und nicht willkürlich agieren, sie schränken Bürger und Unternehmen aber auch in ihren Freiheitsrechten und Handlungsspielräumen ein. Wissenschaftliche Arbeiten, die sich mit der Funktionsweise und Wirkung von Bürokratien auseinandersetzen, können sich nun um den zum vierten Mal ausgeschriebenen Wissenschaftspreis Bürokratie bewerben. Der vom IW-Gründungsleiter Fritz Hellwig gestiftete Preis ist mit 5.000 Euro dotiert und wird im Mai 2021 verliehen. Weitere Informationen finden Interessenten unter: iwkoeln.de/buerokratiepreis-2021

Neu



Neu auf iw.d.de:

Medienkonsum boomt in Corona-Zeiten

Während des Lockdowns zur Eindämmung der Corona-Pandemie mussten sich die Bundesbürger vermehrt zu Hause beschäftigen. Als Konsequenz daraus stieg der Medienkonsum in Deutschland deutlich an. Welche Angebote davon besonders profitiert haben, lesen Sie auf iw.d.de.